Mieter werden zu Protest aufgerufen

Mit einer Großdemonstration kurz vor der Bundestagswahl am 26. September will der Mieterbund Druck für einen entschiedeneren Kampf gegen steigende Mieten machen. Für den 11. September ruft er gemeinsam mit anderen zu der Aktion in Berlin auf. Die Debatte zu Wohnungspolitik und Mietenexplosion müsse stärker an Fahrt gewinnen, so Bundesdirektorin Melanie Weber-Moritz am Dienstag. Von der nächsten Bundesregierung verlangt der Verband etwa deutlich mehr Neubau, mehr Sozialwohnungen und mehr Wohnungen im Besitz gemeinwohlorientierter Unternehmen. Mit dem DGB, dem Paritätischen Gesamtverband und weiteren Initiativen trägt der Mieterbund eine Kampagne unter dem Schlagwort „Mietenstopp!“. Für den 19. Juni ist ein Aktionstag geplant. **dpa**

Nachrichten

UNFALL

Radfahrer stirbt nach Zusammenstoß mit Auto

Bei einem Verkehrsunfall in Rahnsdorf ist ein Radfahrer tödlich verletzt worden. Der 38-Jährige fuhr den bisherigen Ermittlungen zufolge am Montag aus einem Waldstück auf die Straße, als er seitlich mit einem Auto zusammenstieß und stürzte, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. Dabei erlitt der Mann schwere Verletzungen an Kopf und Rumpf. Er starb kurz darauf im Krankenhaus. Die 80 Jahre alte Ehefrau des Autofahrers wurde durch Glassplitter leicht im Gesicht verletzt. **dpa**

FEUERWEHR

Zwei Verletzte nach Brand in Hochhaus in Fennpfuhl

In einem 21-geschossigen Wohnhaus ist am späten Dienstagnachmittag Feuer ausgebrochen. Gebrannt habe es in einer Wohnung im neunten Stock, teilte ein Feuerwehr-Sprecher mit. Aufgrund der Größe des Hauses an der Möllendorffstraße in Fennpfuhl habe man mit potenziell vielen Verletzten rechnen müssen und sei deshalb mit 94 Einsatzkräften und einem Notarzt vor Ort gewesen. Letztlich hätten nur zwei Bewohner mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung versorgt werden müssen. **dpa**

KRIMINALITÄT

23-jähriger Mann überfallen und verletzt zurückgelassen

In der Nacht zu Dienstag haben drei Unbekannte am S-Bahnhof Wedding einen 23-Jährigen ausgeraubt sowie mit einer Stichwaffe am Oberschenkel und an der Hand verletzt. Die Tatverdächtigen sollen das Handy, den Schlüssel und die Geldbörse des jungen Mannes entwendet, ihn am Tatort verletzt zurückgelassen haben und unerkannt geflüchtet sein. Der 23-Jährige wurde von Rettungskräften ambulant behandelt. Es wird wegen des Verdachts des schweren Raubes ermittelt. **BM**

LEBENSMITTELÜBERWACHUNG

„Saubere-Küchen-Gesetz“: Mehr Durchblick beim Thema Hygiene

Wie es um die Einhaltung von Hygienevorschriften etwa in Cafés, Restaurants, Imbissen und Kantinen bestellt ist, soll für Kunden in Berlin künftig auf einen Blick erkennbar sein. Der Senat beschloss am Dienstag das „Saubere-Küchen-Gesetz“, nach dem die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung transparent gemacht werden müssen. Das teilte die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucher mit. Die Veröffentlichungspflicht gilt ab Anfang 2023, sagte ein Sprecher. **dpa**

Redaktion Stadtleben: 030-8872 77 887
Telefax: 030-8872 77 967
E-Mail: berlin@morgenpost.de

Gewinnzahlen ..... Seite 18
Verkehrsservice ..... Seite 11

FOTO: MAURIZIO GAMBARINI/FFS (3); SERGEJ GLANZE/FFS

Das finde ich gut, weil wir dann wieder zusammen in der Klasse sind.

Danilo, geht in die erste Klasse der Kant-Schule in Steglitz

Ich finde es gut, dass ich alle wiedersehe. Allerdings war es in den Kleingruppen auch schön, da es nicht so laut in der Klasse war.

Mia, besucht die fünfte Klasse der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule in Lichtenrade

Die Rückkehr finde ich ein bisschen unnötig. Von mir aus hätte das nicht mehr sein müssen.

Fedor, zehnte Klasse des Liebfrauen-Gymnasiums in Charlottenburg

Elf letzte Tage Regelunterricht

Bis zu den Sommerferien gibt es an Berlins Schulen wieder einen Normalbetrieb. Aber was heißt das? Wir fragen nach

SUSANNE LEINEMANN

Für elf Tage kehren Berlins Schülerinnen und Schüler an diesem Mittwoch als komplette Klassen und Kurse in die Schulen zurück – bis zum Beginn der Sommerferien am 24. Juni gilt ab jetzt Regelunterricht für alle Schulformen. Das Verwaltungsgericht hält Vollbeschulung „angesichts der rückläufigen Infektionszahlen“ wieder für möglich und das „pauschale Wechselmodell“ für rechtswidrig, so die Richter in ihrer Begründung. Die Verwaltung der Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD), die eigentlich ein Wechselmodell bis zum Beginn der Sommerferien geplant hatte, musste kurzfristig umschwenken, die Schulen planten um. Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

■ Müssen wirklich alle Schulpflichtigen zurück zur Schule?

827 allgemeinbildende Schulen hat Berlin, knapp 370.000 Mädchen und Jungen haben nun wieder ganz normalen Unterricht. „Wir haben keine Ausnahmen“, sagt der Landeselternvorsitzende Norman Heise. Allerdings, das betont er auch: Die Präsenzpflicht ist weiterhin ausgesetzt. Das heißt, wer aufgrund der Pandemie ein erhöhtes Risiko hat – oder jemand in der Familie –, muss nicht vor Ort erscheinen. Sorgen macht sich Heise um die Jugendlichen, die in den vergangenen Monaten des Wechselunterrichts zunehmend eine Schuldistanz entwickelt haben. Ob man die jetzt auf den letzten Metern vor den Sommerferien noch für die Schulroutine zurückgewinnt, da hat er seine Zweifel.

■ Wie sorgt man für Sicherheit vor Corona-Infektionen in den Schulen?

Der Mindestabstand ist aufgehoben, die Klassen sind wieder groß, auf dem Pausenhof gilt – anders als im Schulgebäude – keine Maskenpflicht mehr. Kann das gut gehen? Die Angst, sich kurz vor dem Sommerurlaub womöglich noch zu infizieren, ist da. Und längst sind noch nicht alle Lehrkräfte geimpft, besonders an den weiterführenden Schulen nicht. Sicherheit zuerst, das ist die Devise, die Lichtenbergs Schulstadtrat Martin Schaefer (CDU) ausgegeben hat. „Unsere Hausmeister sind angehalten, die Sorgen ernst zu nehmen und erstmal alles möglich zu machen“, sagt er. Wichtig seien natürlich auch die Schnelltests, die weiterhin zweimal die Woche stattfinden werden. „Ich kenne auch Schulen im Bezirk, die haben auf dreimal Testung erhöht“, berichtet er.

■ Was ist mit den Luftfiltern, sind die endlich in den Schulen?

Circa 87 Prozent der vom Senat für die Schulen angeschafften Luftfilter sind inzwischen ausgeliefert, sagt die Senatsverwaltung für Bildung. Das sind 6712 Geräte, die auf die Einrichtungen verteilt wurden, dafür wurden 14,6 Millionen Euro ausgegeben. Man betont bei der Bildungsverwaltung, dass alle strittigen Punkte mit den Bezirken inzwischen geklärt und die Geräte angeschlossen seien. Tatsächlich kann man die sehr unterschiedlichen Modelle in den Schulen bewundern: Oft stehen die riesigen, zwei Meter hohen Geräte in der Turnhalle oder Mensa, kleinere und leisere Geräte dagegen in Räumen, die sich schlecht lüften lassen – beispielsweise Computerräume. Die Senatsverwaltung für Bildung hat immer betont, dass der Einsatz der Geräte nur „flankierend“ sei und nicht die Fensterlüftung ersetze.

■ Wird eigentlich noch richtig gelernt in den letzten Tagen?

Eher nicht, daraus wird auch kein Hehl gemacht. Es geht mehr um das soziale Miteinander. „Mir ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler noch einmal im gesamten Klassenverband zusammenkommen, um sich auszutauschen und wieder zueinanderzufinden“, sagt Bildungssenatorin Scheeres. „Das wird den Kindern und Jugendlichen guttun.“ Die Lernstandserhebungen, die Lernlücken aufzeigen sollen, werden dagegen erst am Anfang des kommenden Schuljahres geschrieben.

■ Was machen die Schulen in den nächsten Tagen konkret?

„Wir machen Ausflüge, und es wird viel rausgegangen“, kündigt Astrid-Sabine Busse, Schulleiterin an der Grundschule in der Köllnischen Heide an. Sie werde beispielsweise mit ihrer Klasse einen Ausflug nach Potsdam unternehmen, denn gerade habe man das Thema „Bundesländer“ durchgenommen. Eine Fahrt ins Nachbarland passe da gut. „Es wird wieder viel gelaufen mit Frau Busse.“

■ Und was meint die GEW?

„Wenn Unterricht in vollen Klassen stattfindet, dann bitte im Freien, möglichst infektionssicher“, fordert Markus Hanisch, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Kita-Bündnis Berlin fordert vom Senat mehr Unterstützung

Fördertöpfe für Ausbau sind für dieses Jahr schon fast leer

SUSANNE LEINEMANN

Es ist absehbar: Spätestens am 21. Juni werden alle Berliner Kitas wieder zum Regelbetrieb zurückkehren. Das verkündete Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) im Senat. Auch Kita-Übernachtungen und -Reisen sind laut Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) „dank niedriger Infektionszahlen“ wieder möglich. Es wird also wieder normaler in Berlins Kita-Welt.

Pünktlich kehren nun die Probleme in den Fokus zurück, die durch die Corona-Pandemie in den Hintergrund gerückt waren: schleppender Kita-Ausbau, unzureichende Finanzierung der Träger. In einem Schreiben fordern 30 Kita-Träger – darunter auch die fünf Eigenbetriebe – den Senat zu einer „fairen Zusammenarbeit“ mit ihnen auf. Die Liste der Klagen des Berliner Kita-Bündnisses ist lang, sie reicht von der Forderung einheitlicher Finanzierung für alle Einrichtungen bis zum Wunsch nach einer schnelleren Digitalisierung und einer besseren Kommunikation mit der Senatsbildungsverwaltung.

Ziel ist, 26.000 neue Plätze bis 2025 zu schaffen

Der zentrale Punkt ist aber mehr Tempo beim Ausbau von Kita-Plätzen. „Ausbauanträge von freien Trägern in einem Volumen von mindestens 110 Millionen Euro sind abgelehnt worden oder befinden sich derzeit in der Warteschleife“, heißt es in dem Positionspapier. Doch wenn die Mittel nicht zügig genehmigt würden, habe das Folgen. „Immer mehr Baufirmen und Verkäufer wenden sich wegen der ungewissen Finanzierung und langen Vorlaufzeiten von Kita-Projekten ab“, heißt es weiter. So könne man unmöglich das Ziel von 26.000 neuen Kita-Plätzen bis 2025 schaffen.

Bei SenBJF bestreitet man diese Zahl von 110 Millionen Euro nicht, allerdings bewertet man sie nicht negativ – im Gegenteil. „Diese Größenordnung signalisiert zunächst einmal, dass Träger weiterhin ein großes Interesse haben, sich am Platzausbau zu beteiligen“, sagt der dortige Sprecher Ralph Kotsch. Auch sei damit noch nichts über die Quantität und Qualität der Plätze ausgesagt. Man räumt aber ein, dass zu diesem Zeitpunkt die Fördertöpfe für 2021 ziemlich leer sind. „Tatsächlich sind die vorhandenen Mittel weitgehend gebunden“, heißt es. Aber: „Das Land Berlin hat deshalb den Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2022 zu Beginn des Jahres im zweiten Nachtrag nochmals um 15 auf nunmehr 25 Millionen Euro erweitert.“ Aktuell laufe der Auswahlprozess für die Projekte, die ab 2022 gefördert werden sollen.

Zeugin Herrmann „wusste von nichts“

Mit der Befragung der Bürgermeisterin endet im Abgeordnetenhaus die Überprüfung der Käufe von Mietshäusern

ISABELL JÜRGENS

Der Untersuchungsausschuss zu den umstrittenen Vorkäufen von Mietshäusern durch die Genossenschaft „Diese eG“, die maßgeblich der Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg, Florian Schmidt (Grüne), eingefädelt hat, hat am Dienstag die letzten Zeugen gehört. In der Sommerpause soll es noch eine Sondersitzung für den Berichtsentwurf geben, dann ist Schluss. Was am Ende dabei herausgekommen ist, bewerteten die Vertreter der Fraktionen im Parlament erwartungsgemäß sehr unterschiedlich.

Eingeladen als Zeugin zur letzten Sitzung war auch die Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann (Grüne).

„Nichts gesehen, nichts gehört, nichts gewußt – so lässt sich die Aussage der Bezirksbürgermeisterin zusammenfassen“, sagte der Vertreter der FDP, Bernd Schlömer, nach der Sitzung. Damit habe die Bezirkschefin, genauso wie die zuletzt befragten Senatoren, nicht nur die gleiche Distanz zu den einsamen Entscheidungen des Baustadtrats Schmidt gezeigt, sondern zugleich „den Mantel des Schweigens über den grünen Baufilz in Friedrichshain-Kreuzberg“ gelegt, so Schlömer.

Ähnlich äußerte sich Stefan Evers für die CDU. Die Befragung habe man sich angesichts der Ausführungen von Frau Herrmann schenken können: „Ich bedaure, dass wir keine weiteren Zeugen hören.“ Die CDU wolle nun darauf dringen, dass der Schlussbericht „möglichst transparent vorgelegt“ werde, „damit sich jeder selbst ein Bild machen“ könne.

Andreas Otto von den Grünen verteidigte seine Parteifreundin: „Das Bezirksamt trifft sich ein Mal in der Woche zu einer gemeinsamen Sitzung, jeder Amtsbereich arbeitet selbstständig“, da sei es normal, dass sie nicht von Beginn an eingebunden war.

Schützenhilfe kam auch von den Koalitionspartnern: Christian Hochgrebe (SPD) betonte, für das Land Berlin und die Bewohner der Häuser sei, anders als von den Oppositionsparteien suggeriert, kein finanzielles Risiko entstanden. Und Michail Nelken (Linke) führte aus, dass es sich bei dem Geschäft um keine „rotgrüne Verschwörung“ mit dem Ziel, sich eine Immobilie zu greifen, gehandelt habe, „sondern es waren die Mieter, die sich mit Hilfe der ‚Diese eG’ ihre Häuser gekauft haben. Dafür steht unsere Koalition“.

Im Februar war der Untersuchungsausschuss erstmals zusammengekommen. Insgesamt 15 Zeugen wurden gehört. Sie sollten darüber Auskunft geben, ob es bei dem von Baustadtrat Schmidt vor zwei Jahren für sechs Häusern ausgeübten Vorkaufsrecht zugunsten der kurz zuvor gegründeten „Diese eG“ „pflichtwidrig“ zugegangen sei.

Davon zumindest ist der Berliner Rechnungshof überzeugt. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen Florian Schmidt wegen des Verdachts der Haushaltsuntreue wieder eingestellt. Die Pflichtverstöße seien nicht erheblich genug, auch ein Schaden sei nicht erkennbar, hieß es Ende 2020. Wie berichtet, hatte Schmidt das Vorkaufsrecht ausgerechnet zugunsten einer neuen Genossenschaft ohne Eigenkapital ausgeübt. Dennoch hatte der Senat es in der Folge der „Diese eG“ ermöglicht, mit ungewöhnlich großzügigen Fördermitteln von 27 Millionen Euro die Häuser zu erwerben.

Anzeige

Grüße und Glückwünsche